

Ratssitzung 03.03.2010: Rede von Martin Metz zur Verabschiedung des Haushaltsplanes 2010

– es gilt das gesprochene Wort –.

–

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren der Verwaltung,
sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger,
liebe Ratskolleginnen und -kollegen,

was wäre eine Haushaltsrede ohne Zitate? Eins muss sein!

Kurt Tucholsky schrieb im Jahr 1931 die schöne Satire „Kurzer Abriss der Nationalökonomie“. Und darin heißt es: „Nationalökonomie ist, wenn die Leute sich wundern, warum sie kein Geld haben.“ Und übersetzt auf Sankt Augustin könnte es heißen: „Der städtische Haushalt ist, wenn die Politiker sich wundern, warum wir kein Geld haben.“ Sankt Augustin ist fast pleite.

Fast pleite? Ja! Der Haushalt 2010 ist eine Katastrophe. Er sieht im Ergebnisplan ein Defizit von etwa 16 Millionen Euro vor bei einem Gesamtvolumen der Ausgaben von etwa 120 Millionen Euro! 16 Millionen Euro sind übrigens nur zwei Millionen mehr als das Jahresgehalt des Angestellten Josef Ackermann im Jahr 2007. Aber das nur nebenbei... Die 16 Millionen Euro entsprechen einer Defizitquote von ca. 13 %. Diese Zahl muss man sich auf der Zunge zergehen lassen, aber nicht, dass einem davon übel wird: 13 % der städtischen Leistungen können wir nicht über Einnahmen finanzieren, sondern müssen das über Schulden tun. 13 % Defizit, das ist etwas höher als das Staatsdefizit Griechenlands in 2009. Auch wenn ich ein großer Freund Griechenlands bin, so sollte es uns aber in Sachen öffentliche Finanzen kein Vorbild sein. Das ist die Lage, meine Damen und Herren.

Der Schuldenstand ist immens und wir zahlen jährlich etwa 5 Millionen Euro an Zinsen. Zieht man diese ab, dann besteht in diesem Jahr ein strukturelles Defizit von immer noch gut 9 %. Wie gesagt: Eine Katastrophe.

Für das Haushaltsjahr 2007 hatte ich bereits das Vergnügen, die Haushaltsrede halten zu dürfen. In dieser Rede – vielleicht erinnert sich so mancher noch – habe ich viel von Verantwortung gesprochen, die man übernehmen müsse.

Kommen wir also zum ersten Punkt: Den Ursachen für diese Haushaltskrise. Nun, wer ist für diese Katastrophe verantwortlich?

Zunächst einmal haben gerade die FDP aber auch die SPD als Oppositionsparteien im Kreistag in letzter Zeit häufig auf den Rhein-Sieg-Kreis gezeigt, denn dort wird die Kreisumlage erhöht. An dieser Stelle freue ich mich Ihnen mitzuteilen, dass der Kreis nach bisherigem Beratungsstand die Kreisumlage nicht um 3 %-Punkte, sondern um 1,56 %-Punkte in diesem Jahr und noch einmal etwa einen %-Punkt im nächsten Jahr anheben wird. Damit ergeben sich Mehrbelastungen für die Stadt Sankt Augustin nicht in Höhe von 1,7 Mio. Euro, sondern ca. 900.000 Euro gegenüber Plan 2010!

Gerade die FDP hat ja immer wieder in Richtung Kreis geschimpft. Aber mit Verlaub: Bei einem Defizit von etwa 16 Millionen und Mehrbelastungen bei der Kreisumlage in Höhe von etwa

900.000 Euro kann der Kreis nun wirklich nicht an dem ganzen Defizit schuld sein. Die GRÜNE Kreistagsfraktion hat sich deutlich für eine niedrige Erhöhung der Kreisumlage eingesetzt. Und immer noch hat der Rhein-Sieg-Kreis einer der niedrigsten Umlagesätze im ganzen Regierungsbezirk. Klar ist: Der Kreis und die Städte und Gemeinden sitzen im gleichen Boot und beide kämpfen gegen eine strukturelle Unterfinanzierung.

Auf allen anderen Ebenen regiert schwarz-gelb. Hier in Sankt Augustin, seit etwa einem halben Jahr im Bund und seit fast fünf Jahren in NRW.

Und da muss ja jetzt irgendwer Schuld sein. Wirtschaftskrise hin oder her, aber wir befinden uns seit Jahren konstant in einem strukturellen Defizit in Millionenhöhe. Selbst im nach Plan fetten Jahr 2009 hatten wir ein Defizit im Ergebnisplan von 7 Millionen Euro.

Deshalb frage ich Sie nun: Wer ist Schuld an diesem Defizit? Schwarz-gelb im Bund, schwarz-gelb im Land oder schwarz-gelb in Sankt Augustin? Suchen Sie sich etwas aus, uns GRÜNEN gefällt jede ehrliche Antwort.

Aber ich kann die Antwort aus unserer Sicht gleich mitliefern: Schuld an der katastrophalen Haushaltslage sind sie alle.

Schwarz-gelb im Bund hat sich noch nicht so schuldig gemacht, die hatten ja auch wenig Zeit. Aber selbst in dieser Zeit haben sie Entlastungen für Unternehmen bzw. Steuersenkungen beschlossen in ihrem ersten sog. „Wachstumsbeschleunigungsgesetz“. Und damit für Mövenpick noch etwas rausspringt, müssen auch die Kommunen bluten, die deutlich weniger Steuereinnahmen bzw. Schlüsselzuweisungen vom Land erhalten.

Das tollste ist aber, was schwarz-gelb weiter plant: Weitere Steuersenkungen für Besserverdienende, die FDP will die Absenkung des Spitzensteuersatzes auf 35 % und die Abschaffung der Gewerbesteuer. Von Kompensation für die Kommunen ist da keine Rede. Wir GRÜNE sagen klar und deutlich: Jede weitere Steuersenkung auf Kosten der Kommunen ist gleich einem Todesstoß für die grundgesetzlich garantierte kommunale Selbstverwaltung. Und mit dieser Einschätzung sind wir ja nicht alleine. Jeder Fachmann, fast alle Vertreter in den kommunalen Spitzenverbänden, teilen unsere Einschätzung.

Und im Land, wo CDU und FDP seit fast fünf Jahren regieren, sieht es ebenfalls schlimm aus. Ich möchte hier nicht detailliert ausführen, was diese Landesregierung alles mit den Kommunen gemacht hat. Nur die Stichworte: Die Grunderwerbssteuer geht vollständig ans Land, die Jagdsteuer wurde abgeschafft, die Bundeszuweisungen für die U3-Betreuung werden nicht an die Kommunen weitergegeben, das Land beteiligt sich nicht mehr an den Elternbeiträgen, die Schülerbeförderungskosten werden nicht mehr so vom Land finanziert wie früher und auch bei den Zuschüssen für SGB-Leistungen gibt es Kürzungen.

Und jetzt möchte ich etwas tun, was prinzipiell ja schon Überwindung kostet: Ich werde Gerhard Papke zitieren. Der ist ja nicht irgendwer, sondern offensichtlich durch eine günstige Fügung des Schicksals Chef der FDP-Landtagsfraktion. Also, was sagt Herr Papke zur Lage der Kommunen in NRW (zitiert nach Neue Westfälische 8.01.2010):

„Die Finanzlage der Kommunen ist bei weitem nicht so schlimm, wie das manchmal in der Debatte erscheinen mag. Die NRW-Kommunen haben in den zurückliegenden Jahren die höchsten Einnahmen in der Landesgeschichte erzielt. Ich hielte es für politisch unseriös, den Kommunen weitere zusätzliche Hilfen des Landes in Aussicht zu stellen. Dieses Geld hat auch das Land nicht. Die Kommunen werden gefordert sein, wie das Land auch strukturelle Veränderungen vorzunehmen, um in Jahren mit eher sinkenden Steuereinnahmen mit den knappen Mitteln gut klarzukommen. Eine

Alternative dazu gibt es nicht.“

Meine Damen und Herren, das sind die Worte der schwarz-gelben Raubritter, die durch Nordrhein-Westfalen ziehen und Städte und Gemeinden ausplündern. Und anschließend rufen sie den Städten hinterher „alles nicht so schlimm, ihr müsst jetzt halt etwas sparen“. Das muss ich schon sagen: Auch wenn wir GRÜNE schwarz-gelb hier in Sankt Augustin vorwerfen zu wenig für Haushaltskonsolidierung zu tun, so sind die Ausführungen von Herrn Papke doch eine bodenlose Frechheit. Denn dass die Kommunen strukturell unterfinanziert sind, das werden Sie ja wohl nicht bezweifeln. Und daran könnte nicht die beste Regierungsmehrheit egal welcher Couleur in Sankt Augustin etwas ändern.

Nebenbei zum Thema Gesamtschule. Bei aller teilweise berechtigten Kritik an der Stadtverwaltung: Es gibt einen wichtigen Grund, warum die Komplettierung des Sankt Augustiner Schulangebotes durch eine Gesamtschule scheiterte. Und das ist Regierungspräsident Lindlar. Der hat die miserable Finanzlage der Stadt ausgenutzt und so seine ideologische Schulpolitik vorerst durchgesetzt. Und wir GRÜNE sagen es noch einmal: So etwas ist ekelhaft. Aber die Gesamtschule wird kommen, früher oder später. Sicherlich früher, wenn die Menschen im Mai auch Herrn Lindlar abwählen.

Wir geben Ihnen heute die Möglichkeit, Farbe zu bekennen. Mit unserem Resolutionsantrag wollen wir ein Zeichen setzen. Der Bürgermeister soll konkret die finanziellen Interessen unserer Stadt gegenüber Bund und Land äußern. Denn wenn man Briefe zum Thema Kreisumlage in der Gegend rumschicken kann, dann kann man auch Bund und Land die Meinung sagen. Und in einem Brief an Bund und Land sowie die Abgeordneten geht es um deutlich mehr Geld. Stimmen Sie unserem Resolutionsantrag zu!

Aber auch schwarz-gelb in Sankt Augustin kann nicht davon kommen. Wir haben einen CDU-Bürgermeister seit gut 10 Jahren und eine schwarz-gelbe Ratsmehrheit seit gut 5 Jahren. Deshalb haben wir GRÜNE auch direkt nach der Wahl deutlich gemacht: Sie haben keine Schonfrist.

Dabei fällt die Beurteilung von CDU und FDP mittlerweile etwas schwerer. Denn es ist nicht zu verleugnen, dass sich zumindest Teile der Mehrheitsfraktionen jetzt der Haushaltsproblematik annehmen.

Das äußerte sich schon ein wenig in den letzten Haushaltsberatungen. Die waren übrigens sehr amüsant und gleichzeitig konstruktiv. Dabei gilt ein besonderes Lob Herrn Dr. Büsse, der durch seine Sitzungsleitung mit dafür gesorgt hat, dass ich die lustigste Ausschusssitzung in meiner mittlerweile gut zehn Jahre währenden kommunalpolitischen Tätigkeit erleben dürfte. Wie Claudia Feld-Wielpütz schon sagte, sollte man das alles eigentlich in die Kulturveranstaltungsreihe übernehmen und Eintritt für diese Darbietungen verlangen. Und das meine ich ganz positiv. Aber das wird für die Haushaltskonsolidierung nicht ganz reichen.

Doch ein gutes Konzept fehlte der schwarz-gelben Ratsmehrheit. So bekommt der Bürgermeister nun quasi einen politischen Freibrief, um im Laufe des Jahres irgendwie irgendwo irgendwann etwas einzusparen. Und anschließend soll er uns dann berichten, wo er gespart hat. Solche Spielchen machen wir aber nicht mit, das ist schon unseriös.

Was den konkreten Haushalt angeht, haben wir Grüne Einsparvorschläge geliefert. Teilweise als Budgetkürzungen in fast allen Bereichen. Dabei haben wir quer durch die Fachbereiche versucht, pauschal Beträge herunterzufahren, um einfach zu schauen, ob das reicht oder nicht. Aber das wurde leider fast immer von den Mehrheitsfraktionen und auch meist von der SPD abgelehnt.

Was hat sich nun im konkreten Haushalt getan? Wir GRÜNE haben konkrete Vorschläge gemacht,

teilweise mit Erfolg. Wir wollten insgesamt nur wenig mehr ausgeben. Die GRÜNEN stehen für finanzpolitische Seriösität und so haben wir uns auch mit – teilweise wünschenswerten – Mehrforderungen zurückgehalten. Wir haben nur in drei Punkten mehr Mittel gefordert und dies wurde auch so übernommen:

- Auf Antrag von GRÜNEN, SPD, FWI und nach Beschluss des Jugendhilfeausschusses werden die Zuschüsse für die Jugendverbandsarbeit nach Jahren erhöht. Hoffentlich wird das der RP auch so genehmigen.
- Auf Antrag der GRÜNEN hin wird das Haus Niederpleis ab 2013 weiter in der Finanzplanung geführt, solange die Bürgerhauskommission – der wir zugestimmt haben – mögliche Alternativen entwickelt hat.
- Auf Antrag der GRÜNEN wird der Zuschuss für die Leistungen von Pro Familia ab 2012 weiter eingeplant.

Das war es auch schon mit den GRÜNEN Mehrforderungen. Es ist die richtige Entscheidung, dass das so beschlossen wurde. Dafür allen Fraktionen herzlichen Dank.

Über die Notwendigkeit neuer Ratsbestuhlung, den Sinn von kostenlosem Kaffee, Kuchen etc. für Senioren, die bürokratische Zertifizierung der Stadt als „mittelstandsfreundlich“ und so weiter erspare ich mir jetzt weitere Kommentare. Aber diese Stichworte zeigen schon deutlich: Der Mentalitätswechsel bei schwarz-gelb findet sich nicht in den konkreten Zahlen.

Wichtiger als die kleinen Posten sind aber die strukturellen Veränderungen, welche die Stadt anstreben muss. Dafür haben wir in drei wichtigen Punkten Vorschläge gemacht. Denn einig sind wir uns alle, dass man mit eingesparten Kleckerbeträgen auf lange Sicht keinen Blumentopf gewinnen kann.

Der GRÜNE Antrag, sich die Leistungen für Kinder und Jugendliche (für härtere Fälle, z.B. Heimunterbringung) in einer Arbeitsgruppe anzugucken, hatte Erfolg. Dabei geht es darum, die gleichen Standards zu wahren, aber günstigere Mittel zu wählen. Immerhin geht es hier um Ausgaben in Höhe von etwa 7 Millionen Euro. Wir sind der Verwaltung, auch speziell Herrn Quiter, dankbar dafür, dass sie diese Idee übernommen hat.

Weiter hatten wir GRÜNE beantragt, dass die Verwaltung auf Basis des energiecontrol-Gutachtens eine Prioritätenliste für Maßnahmen zur Energieeinsparung und sparsame Energieerzeugung erstellt. Damit soll die Verwaltung einen klaren Handlungsauftrag erhalten. Dies ist dank der Zustimmung der Oppositionsfraktionen von SPD und Aufbruch sowie auch der CDU schlussendlich verabschiedet worden. Das ist richtig so, denn angesichts des riesigen Energieverbrauchs der Stadt ist dieses Thema nicht nur ein Thema des Klimaschutzes. Das alleine würde ja schon reichen. Nein, es ist auch ein bestimmendes Thema der Finanzpolitik.

Was den GRÜNEN Antrag für ein vollständiges Personalentwicklungskonzept angeht, so wurde auch er knapp angenommen. Dabei geht der GRÜNE Antrag nicht so simpel ran, dass er sagt „Personalkosten senken“. Sondern wir müssen die Personalkosten mit den Aufgaben in Einklang bringen, das ist das zentrale Problem. Und wir müssen uns mit anderen Kommunen wenn möglich vergleichen. Es ist ja schon unsinnig, wenn man am Personal spart, aber dann Aufträge von vielen Hunderttausend Euro nach außen vergeben werden müssen. Für uns GRÜNE ist klar: Der Personaleinsatz muss effizient sein. Und das kann je nach Fachbereich mal mehr Personal oder weniger Personal bedeuten. Wir GRÜNE danken ausdrücklich den anderen Oppositionsfraktionen sowie den beiden Vertretern der CDU, die es möglich gemacht haben, dass dies so auf den Weg gebracht wurde.

Aber diese GRÜNEN Erfolge sind kein Anlass, um jetzt diesem Haushalt zuzustimmen. Denn zunächst müssen diese perspektivischen Beschlüsse in konkrete Zahlen umgesetzt werden. Und dann werden wir das ganz offen beurteilen, ob das den GRÜNEN Ansprüchen genügt. Aber in diesem konkreten Haushalt sind da noch keine Ergebnisse, deshalb werden wir ihm auch nicht zustimmen. Wie Helmut Kohl schon sagte: „Entscheidend ist, was hinten rauskommt.“ Und da hat der Mann Recht.

Aber auch woanders hapert es noch. Der Haushalt ist das Spiegelbild der gesamten Kommunalpolitik. Und die Haushaltsrelevanz grundsätzlicher strategischer Entscheidungen möchte ich noch einmal ansprechen:

Es fehlt der Stadt Sankt Augustin an der Perspektive der Konsolidierung. Und das liegt auch und gerade an der konkreten Politik der schwarz-gelben Ratsmehrheit. Wir waren einmal eine rasant wachsende Stadt, doch jetzt schrumpft die Einwohnerzahl. Darauf wird falsch reagiert: Es werden neue Wohnbaugebiete geplant und jetzt auch ins weitere Verfahren geschickt. Dabei sollten wir uns eher auf die Qualität konzentrieren. Da gibt es zwar auch begrüßenswerte Ansätze wie das „Grüne C“, das sich im Haushalt wiederfindet. Aber es fehlen die Konzepte für die Ortsteile, für die Entwicklung der bestehenden Wohnquartiere. Die müssen wir stärken, auf diese müssen wir uns konzentrieren anstatt weiter Neubaugebiete als Großprojekte auszuweisen. Was das mit dem Haushalt zu tun hat? Sehr viel!

Das schönste Beispiel ist mein Heimatort Meindorf. Dort wurde ein großes Neubaugebiet realisiert, die Schülerzahlen schnellten nach oben, die Grundschule wurde erweitert, aber bald werden dort wieder die ersten Klassenräume leerstehen und Geld kosten. Große Bauprojekte führen zwangsläufig zu erhöhtem Investitionsbedarf in die soziale Infrastruktur. Aber das in einer Art und Weise, die nicht nachhaltig ist. Weil die demographischen Effekte nur kurzfristig währen. Und was die Quartiere angeht müssen wir noch viel mehr Wert legen auf Qualität gerade im Hinblick auf den demographischen Wandel. Wir müssen unsere Quartieren für alle Generationen attraktiv halten. Wir müssen alternative Wohnprojekte wie Mehrgenerationenwohnen fördern. Da tut sich ja gerade in Menden etwas, das scheint eher der richtige Weg zu sein als z.B. das Projekt im Klosterpark. Denn das Label Mehrgenerationenwohnen zu nutzen reicht nicht, sondern es müssen echte sozial orientierte Projekte entstehen.

Sankt Augustin muss seine strukturellen Stärken pflegen und dazu gehört auch das Image als Sportstadt. Heute werden wir den Weg frei machen für neue Kunstrasenplätze zu Gunsten einiger Vereine. Das ist richtig und wichtig. Wir GRÜNE verbinden dabei die wünschenswerten Projekte mit der haushaltspolitischen Realität. Und wichtig wird auch sein, dass uns diese Projekte durch neue Investitionskredite nicht die Möglichkeit nehmen, in anderen wichtigen Bereichen – gerade Soziales und Energie – initiativ zu werden. Alles weitere werden wir ja unter dem Tagesordnungspunkt behandeln.

Weitere wichtige strukturelle Fortschritte müssen sich bei der Wirtschaftsförderung ergeben. Jährlich grüßt das Murmeltier, aber das ist höchst bedeutsam. Denn wir haben relativ zur Einwohnerzahl zu geringe Gewerbesteuererinnahmen. Wir müssen mehr für die Wirtschaft tun. Aber auch hier wird der Schwerpunkt leider oftmals auf die veralteten Instrumente „Gewerbeflächen“ gelegt. Nein, wir brauchen eine Bestandspflege der Unternehmen, wir brauchen Existenzgründungen auch gerade in Bereichen, die weniger Fläche als weiche Standortfaktoren benötigen. Von den Bodenpreisen können wir sowieso kaum mit anderen Standorten mithalten. Das muss man so zur Kenntnis nehmen. Mit echter Wirtschaftsförderung hätten wir die Chance auf mehr Firmen, mehr Arbeitsplätze und mehr Einnahmen.

Einen wesentlichen Schritt haben wir jetzt geschafft mit der Umgestaltung des Zentrums. Wir

GRÜNE haben frühzeitig Position bezogen – erfolgreich. Jetzt wird das Zentrum umgestaltet, richtigerweise begleitet durch einen Masterplan. Das neue Zentrum muss sich in die Umgebung einfügen. Die Bürgerinnen und Bürger müssen an dem Prozess beteiligt werden. Dass das jetzt allem Anschein nach auch passiert, ist auch der Verdienst der GRÜNEN Initiativen. Darauf sind wir ein wenig stolz, aber auch dankbar für die Umsetzung dieser Ideen durch die anderen Fraktionen sowie die Stadtverwaltung. Ein gutes neues Zentrum wird sich auch auf der Einnahmenseite im Haushalt niederschlagen.

Der Betrieb der Energienetze ist ein weiterer wesentlicher Schritt. Es ist nicht einzusehen, dass die Gewinne aus dem Betrieb der Netze hier vor Ort an einen Großkonzern fließen. Das Geld können wir auch hier vor Ort gut gebrauchen. Und anstatt Aktionären sollte es den Bürgerinnen und Bürgern Sankt Augustins zugute kommen. Deshalb werden wir GRÜNE weiterhin alles dafür tun, damit die Stadtwerke Sankt Augustin endlich realisiert und ein Erfolg werden. Das ist in den letzten Jahren alles zu schleppend verlaufen, aber jetzt wird es hoffentlich weitergehen.

Ein letzter strukturell Schritt betrifft den Haushalt selbst. Die Finanzen einer Stadt sind wie gesagt das Spiegelbild der gesamten kommunalen Politik. Deshalb müssen wir, damit Politik offener und transparenter wird, auf die Bürgerinnen und Bürger zugehen. Wir müssen sie über diesen Haushalt, immerhin geht es hier um niedrige neunstellige Beträge, besser informieren. Deshalb haben wir GRÜNE bewusst heute einen Antrag eingebracht, der den Weg für eine bessere Information und Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger freimachen soll. Wir hoffen sehr, dass Sie sich dieser Initiative nicht verschließen werden.

In diesem Haushalt 2010 sehen wir trotz deutlich atmosphärischer Verbesserungen noch keine ausreichende Perspektive, um ihn mitzutragen. Deshalb werden wir GRÜNE wie gesagt gegen dieses Zahlenwerk stimmen. Nachhaltigkeit ist nicht nur ein ökologischer Begriff. Er ist auch wesentlich auf die Verwendung der finanziellen Ressourcen bezogen. Diese Anforderung an Nachhaltigkeit erfüllt dieser Haushalt nicht. Wir werden trotzdem gerne mit allen Ratsfraktionen weiterhin gemeinsam konstruktiv an einer besseren Finanzsituation unserer Stadt Sankt Augustin arbeiten.

Und vielleicht, das ist eine kühne Vision, werden wir dann irgendwann mal Haushaltsberatungen haben, in denen wir uns nicht wundern, warum kein Geld mehr da ist. Sondern wir werden mit soliden Finanzen und nach konstruktivem Streit über ihre Verteilung wirklich wieder unsere kommunalen Selbstverwaltung anspruchsvoll ausüben können.

Die GRÜNEN werden mit allen Fraktionen und natürlich gemeinsam mit der Stadtverwaltung, der wir an dieser Stelle deutlich für die geleistete Arbeit danken wollen, auf dieses ferne Ziel hinarbeiten.

Und Ihnen, sehr geehrte Damen und Herren, danke ich für Ihre Aufmerksamkeit.